

BUNDESWEHR

Gesundheitsschäden durch Leuchtfarbe

Neue Erkenntnisse über eine mögliche Erkrankung von Soldaten der Bundeswehr durch radioaktive Leuchtfarben könnten für den Bund teuer werden. In einem Gutachten kommt der Leiter der Strahlenmessstelle Süd der Bundeswehr im bayerischen Sonthofen zu dem Schluss, dass die errechneten Belastungen zu „schlimmen/bösen Erkrankungen“ führen könnten. Die Bundeswehr verwendete radioaktive Leuchtfarben an Radargeräten wie auch in Panzern, U-Booten und Flugzeugen. Besonders in den Anfangsjahren der Bundeswehr seien zudem Regeln des Strahlenschutzes missachtet worden. Die Auswirkungen seien, so der Bundeswehrphysiker, „fatal und erschreckend“. Eine vom Verteidigungsminister eingesetzte „Radarkommission“ hatte im vergangenen Jahr anerkannt, dass Soldaten, die zum Auskratzen oder Abschmiegeln von Leuchtfarbe eingesetzt

wurden, an Krebs erkranken könnten. Allerdings hatte das Ministerium behauptet, dass das „Problem radiumhaltiger Leuchtfarbe seit 1980 in der Bundeswehr umfassend geregelt und gelöst“ sei. In einer Anweisung („VS – nur für den Dienstgebrauch“) hatte dagegen das Luftwaffenunterstützungskommando in Köln noch im März 2001 betont, dass „weiterhin Handlungsbedarf“ bestehe, und vor den Leuchtfarben gewarnt: „Wiederholt“ seien Gegenstände aufgetaucht, „bei denen Radiumleuchtfarbe lediglich überstrichen wurde“. Diese seien zu behandeln wie „das gefährlichste verwendete Radionuklid“. In einer Art Musterprozess um Schmerzensgeld, den der Berliner Anwalt Reiner Geulen derzeit für fünf Tumorkranke oder deren Hinterbliebene führt, erklärten die Richter in einem Hinweisbeschluss bereits, dass die Bundeswehr womöglich „keine hinreichenden Maßnahmen zum Schutz der Soldaten“ getroffen habe und diese nach dem Ausscheiden aus dem Dienst trotz „vorliegender Erkenntnisse über konkrete erhebliche Gefahren und Folgewirkungen“ nicht informiert worden seien.

VERKEHRSPOLITIK

CDU für Pkw-Maut

Im Falle einer Regierungsübernahme erwägt die CDU die Einführung einer Pkw-Maut auf Autobahnen. Dies geht aus einem Papier hervor, das Parteichefin Angela Merkel bei dem schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Peter Harry Carstensen in Auftrag gegeben hatte. In dem Entwurf des Papiers mit dem Titel „Wachstum durch moderne Infrastruktur“ heißt es, der Bundesfernstraßenbau sei „für alternative Finanzierungskonzepte zu öffnen“. Dazu gehöre „auch eine wirksame Ergänzung der Steuer- durch die Gebührenfinanzierung“. Damit solle vor allem der sechs- bis achtspurige Autobahnausbau in Ballungsräumen bezahlt werden. Darüber hinaus schlägt Carstensen vor, den Verkehrshaushalt des Bundes von derzeit rund 25 Milliarden Euro jährlich um mindestens 3 Milliarden Euro aufzustocken – dabei hatten Regierung und Union auf Vorschlag der Ministerpräsidenten von Hessen und Nordrhein-Westfalen, Roland Koch (CDU) und Peer Steinbrück (SPD), im Dezember vergangenen Jahres eine dauerhafte Kürzung um exakt diesen Betrag ab 2006 vereinbart.



Verkehrsstau (auf der A2 bei Peine)